

Jürgen Matthes

Die Rolle des Staates in einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Eine ordnungspolitische Rückbesinnung

Positionen

Beiträge zur Ordnungspolitik
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Jürgen Matthes

Die Rolle des Staates in einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Eine ordnungspolitische Rückbesinnung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-24135-4 (Druckausgabe)

978-3-602-45935-3 (PDF)

Diese Studie ist Teilergebnis des von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln geförderten Forschungsprojekts „Wettbewerb der Sozialstandards in einer globalisierten Wirtschaft“.

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2009 Deutscher Instituts-Verlag GmbH
Gustav-Heinemann-Ufer 84–88, 50968 Köln
Postfach 51 06 70, 50942 Köln
Telefon 0221 4981-452
Fax 0221 4981-445
div@iwkoeln.de
www.divkoeln.de

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Eckpfeiler einer neuen Weltwirtschaftsordnung	5
2.1	Was Ordnungspolitik ausmacht	5
2.2	Warum eine neue Weltwirtschaftsordnung nötig ist	7
3	Welthandelsordnung	9
3.1	Warum die WTO (eigentlich) eine Erfolgsstory ist	9
3.2	Warum internationale Handelskooperation schwierig ist	10
3.3	Wieso die WTO in einer (vorübergehenden?) Krise steckt	11
3.4	Welche Reformen nötig sind	12
4	Globale Finanzmarktordnung	15
4.1	Warum Finanzmarktregulierung nötig ist	15
4.2	Wie das bisherige internationale Finanzsystem aussieht	16
4.3	Warum es zur globalen Finanzkrise gekommen ist	18
4.4	Welche Reformen nötig sind	26
5	Weltwirtschaftsordnung, Ethik und Gerechtigkeit	31
6	Fazit und Ausblick	34
	Literatur	38
	Kurzdarstellung / Abstract	43
	Der Autor	44

1

Einleitung

Die globale Finanzmarktkrise hat deutlich vor Augen geführt, dass die internationalen Regelwerke lückenhaft sind. Auch um die Weiterentwicklung der Welthandelsordnung im Rahmen der Doha-Welthandelsrunde ist es schlecht bestellt. Ähnlich langsam geht es in vielen anderen Bereichen voran, in denen mehr globale Zusammenarbeit dringend nötig wäre – vom Klimaschutz über mögliche internationale Sozialstandards bis hin zu internationalen Regeln zum Beispiel für den Rohstoffhandel. Die Politik vieler Länder agiert zu sehr im nationalen Eigeninteresse und lässt es an multilateraler Verantwortung fehlen. Dabei wird eine kooperative Weltwirtschaftsordnung heute dringender denn je gebraucht.

Aber auf welchen Grundpfeilern könnte eine solche Ordnung ruhen? Welche Rolle soll der Staat als Lehre aus der tiefen Wirtschaftskrise übernehmen? Diese Publikation zeigt auf, dass die ordnungspolitischen Grundsätze der Freiburger Schule hier in vielerlei Hinsicht Leitbildcharakter haben können. Demnach kommt es vor allem auf den institutionellen Ordnungsrahmen an. Dieser ist so zu gestalten, dass er das dezentrale Agieren der Unternehmen und Konsumenten zum produktiven Nutzen aller lenkt. Die Studie konzentriert sich auf zentrale ordnungspolitische Leitlinien für den Welthandel und vor allem für die globalen Finanzmärkte. Dieser weltweite Wirtschaftsrahmen muss durch intelligente Regulierung so weit wie möglich verhindern, dass übermäßige Gier und fragwürdige Anreize zu krisenhaften Entwicklungen führen. Andererseits dürfen Freiheit und Marktwirtschaft nicht durch überbordende Staatseingriffe unter die Räder kommen.

Wenn eine neue Weltwirtschaftsordnung etabliert werden soll, muss freilich bedacht werden, dass die Hegemonie der Industrieländer und vor allem der USA an Strahlkraft verliert. Die Welt wird multipolar. Daher geht es darum, die aufstrebenden Schwellenländer – allen voran China und Indien – stärker in die internationalen Entscheidungsstrukturen einzubinden. Eine bessere multilaterale Kooperation bei Welthandel und Finanzarchitektur mag den Weg bahnen für mehr Einigkeit und gegenseitiges Vertrauen auch auf anderen Politikfeldern, wie der Außen-, Sicherheits- oder Klimapolitik.

Eine Weltwirtschaftsordnung, die sich nach diesen Maßgaben richtet, kann weltweit die Voraussetzung für mehr Wachstum, Stabilität und Gerechtigkeit auch für ärmere Entwicklungsländer schaffen.